

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
02.05.2024
Ausschussbetreuender Fachbereich
Gremien
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Mittwoch, 13.03.2024

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 17:50 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2023 - öffentlicher Teil**
0014/2024
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Satzungsänderung der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG**
0585/2023
- 6 **Sachstand Erstellung des kommunalen Wärmeplans der Stadt Bergisch Gladbach**
0071/2024
- 7 **Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach**
0046/2024

- 8** **European Energy Award (EEA) Bericht zum Internen Audit der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2022 und Berücksichtigung der SMART Indikatoren**
0062/2024
- 9** **Darstellung der Personalsituation in der Stadtverwaltung**
- 9.1** **Personalsituation Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung**
0069/2024
- 9.2** **Personalsituation Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters**
0728/2023
- 10** **Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025**
0569/2023/1
- 11** **Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses**
- 11.1** **Teilhaushalt 2024/2025 des Fachbereiches 1**
0070/2024
- 11.2** **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 01.300 für die Haushaltsjahre 2024/2025**
0080/2024
- 11.3** **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 14.032 für die Haushaltsjahre 2024/25**
0108/2024
- 11.4** **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 01.001, 01.013 und 01.015 für die Haushaltsjahre 2024/2025**
0729/2023
- 12** **Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.**
0113/2024
- 13** **Wahl von Vertretungen der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH und in Organen von Beteiligungen und Mitgliedschaften**
0058/2024
- 14** **Städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2023 und 2024**
0090/2024
- 15** **Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023**
0112/2024
- 16** **Anträge der Fraktionen**
- 17** **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 17.1** **Schriftliche Anfragen**
- 17.1.1** **Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.02.2024 (eingegangen am**

25.02.2024) "Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025"
0143/2024

17.2 Mündliche Anfragen

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

**2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des
Hauptausschusses am 06.12.2023 - nicht öffentlicher Teil**
0015/2024

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Vergaben des Fachbereiches 1
0109/2024

5 Vergaben des Fachbereiches 9
0725/2023

6 Anträge der Fraktionen

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 19. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätte sich Herr Schade (CDU-Fraktion) entschuldigt, welcher durch Frau von Berg vertreten würde. Frau Bischoff (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:04 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 5) teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein,

Die Einladung vom 21.02.2024 und die dazugehörigen Vorlagen sowie

einen als Tischvorlage vorliegenden Antrag zur Sache der CDU-Fraktion vom 11.03.2024 (eingegangen am 11.03.2024) zur Vorlage Nr. 0071/2024 – Sachstand Erstellung des kommunalen Wärmplans der Stadt Bergisch Gladbach (TOP Ö 6) sowie

einen als Tischvorlage vorliegenden Antrag zur Sache der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 11.03.2024 (eingegangen am 11.03.2024) zur Vorlage Nr. 0046/2024 – Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach (TOP Ö 7) sowie

zwei als Tischvorlagen vorliegende Anträge der CDU-Fraktion vom 11.03.2024 (eingegangen am 11.03.2024) sowie der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 11.03.2024 (eingegangen am 11.03.2024) zur Vorlage Nr. 0569/2023/1 – Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025 (TOP Ö 10) sowie

eine als Tischvorlage vorliegende schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.02.2024 (eingegangen am 25.02.2024) mit der Bitte um schriftliche Beantwortung von Fragen zur Thematik „Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025“ zu den Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates. Dabei wurde um Vorabübersendung der Antwort bis zum 11.03.2024 gebeten. Die vorliegende Vorlage (0143/2024/1) wurde am 07.03.2024 per Mail an die Vorsitzenden und Geschäftsstellen der Fraktionen und ein Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit verschickt. Sie wird allen Ratsmitgliedern vor der Ratssitzung mit der Aktualisierung übersandt.

Die Anfrage werde unter TOP Ö 17.1.1 behandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2023 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2023 - öffentlicher Teil 0014/2024

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

**5. Satzungsänderung der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG
0585/2023**

Herr Stein führt an, dass die Vorlage auf die Initiative der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG zurückzuführen sei, da insbesondere auf Grund einer Empfehlung oder Weisung der Bezirksregierung Aachen als zuständige Aufsichtsbehörde, die Zustimmung des Rates erbeten werde.

Frau Leveling merkt an, dass der Aufsichtsrat zukünftig aus drei Personen bestehen solle und fragt, ob angesichts der Rechtsgrundlage, insbesondere den §§ 5 Abs. 3 u. 4 und 10 Abs. 1 der Satzung die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder ausreichend sei, wenn die Ausschüsse bereits immer aus drei Mitgliedern bestehen sollen. Zudem stelle sich die Frage, ob die neuen Mitglieder des Aufsichtsrates bereits bekannt seien und ob auch Frauen vertreten wären.

Herr Ruhe antwortet, dass sich die regio iT an die Stadt gewendet habe, da der Beschluss auf Anforderung der Bezirksregierung Aachen benötigt werde. Insofern habe die regio iT die Verwaltung nicht mit den Inhalten befasst, weshalb eine Auskunft über die Anzahl der Frauen im Aufsichtsrat sowie über die Rechtmäßigkeit der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder nicht möglich sei.

Herr Stein ergänzt, dass dieser Anfrage bis zur Ratssitzung nachgegangen werde.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt der Satzungsänderung der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG zu und weist die Vertretung der Stadt in der Generalversammlung (Thore Eggert (VV I)) zur entsprechenden Stimmabgabe in der Generalversammlung an.

**6. Sachstand Erstellung des kommunalen Wärmeplans der Stadt Bergisch Gladbach
0071/2024**

Herr Stein erläutert, dass die vorliegende Vorlage über den Stand der kommunalen Wärmeplanung informiere. Außerdem begrüße er an dieser Stelle Herrn Schäfer von der BET, welcher für mögliche Fragen zur Verfügung stünde.

Herr Migenda führt an, die Stadt gehe nachdem das integrierte Klimaschutzkonzept KSK verabschiedet wurde mit der Wärmeplanung einen weiteren Meilenstein an, sodass die Stadt mit circa 200 anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Wärmeplanung vorziehe. Die rechtliche Situation sehe vor, dass Bergisch Gladbach als Großstadt bis zum Sommer 2026 die Pflicht habe den Wärmeplan vorzuweisen, jedoch sei man deutlich schneller und habe das Ziel zum 31.08.2024 einen entsprechenden Wärmeplan vorzulegen. Der Mitteilungsvorlage könne man die bereits erreichten Fortschritte entnehmen, besonders die durchgeführten Workshops für Öffentlichkeitsbeteiligung seien interessant. Die Wärmeplanung werde nicht ohne die Einbettung in die Stadtgemeinschaft funktionieren.

Herr Stein betont, dass die Stadt in der ersten Gruppe der Kommunen sei, die die Wärmeplanung in Angriff nehme. Andere Kommunen hätten nun das Problem sachverständige Unterstützung auf

dem Markt zu erhalten. Im Nachhinein habe sich ein frühzeitiger Beschluss sowie eine frühzeitige Beantragung der Förderung als richtig herausgestellt.

Herr Buchen erklärt, die CDU-Fraktion fordere, dass bei der kommunalen Wärmeplanung die langfristige Versorgung heutiger Erdgaskunden mit klimafreundlichem synthetischem Methan, als Wasserstoff-Derivat berücksichtigt werden solle. Der Grund dafür bestehe darin, dass der Aufbau neuer Wärmenetze auch den Aufbau neuer Infrastruktur verlange. Es sei eine Erdgasstrukturversorgung vorhanden, in die man einen grünen Energieträger einspeisen könnte. Eine Prüfung der langfristigen Versorgung heutiger Erdgaskunden mit klimafreundlichem synthetischem Methan, als Wasserstoff-Derivat sei sinnvoll, da die Stadt durch die Wasserstoffleitungen in Paffrath, die Möglichkeit habe Wasserstoff zu erhalten. Im niedersächsischen Werlte gebe es bereits eine Anlage, die synthetisches Methan herstelle, dies zeige, dass es technisch möglich wäre und somit das vorhandene Netz sinnvoll genutzt werden könne.

Frau Meinhardt teilt mit, ihre Fraktion begrüße den Vorschlag sehr. Das Interesse sei allgemein enorm und die Thematik ziemlich komplex. Es stelle sich bei den meisten Bürgern die Frage, ob diese an ein Wärmenetz angeschlossen würden. Wahrscheinlich könne man anhand der Ergebnisse sagen, dass es in bestimmten Bereichen ein Wärmenetz geben werde. Daher richtet sie die Frage an die BET, ob ein Anschluss an das Wärmenetz auch in ländlichen Gebieten sinnvoll sei und ob dies in dem Bericht geprüft werde, um Klarheit zu schaffen.

Herr Schäfer erklärt, dass zum Antrag der CDU-Fraktion die Option berücksichtigt und technologieoffen gearbeitet werde. Der Kern der unverbindlichen Leitplanung sei eine Erarbeitung einer Darstellung anhand der ermittelten Fakten und Bestandsanalysen. Damit ergäben sich für drei wesentliche Technologien, die vorgeschrieben seien gewisse Vorranggebiete, die dargestellt würden. Dies seien zum einen Gasvorranggebiete (grüne Gase, synthetische Gase, Wasserstoffdirektversorgung) also Gebiete in denen vorrangig Gase zur Verwendung kämen. Zum anderen, leitungsgebundene Wärmeversorgungsgebiete, vorrangig kämen hier leitungsgebundene Thermosysteme zur Anwendung und der dritte Bereich sei der Bereich der dezentralen Versorgung, dies seien insbesondere strombasierte Systeme, überwiegend Wärmepumpen. Diese würden in den Randbezirken Anwendung finden, da sich dort auf Grund der Altersstruktur eine Infrastruktur weniger lohne. Das zuvor genannte müsse im Kontext der Infrastruktur betrachtet werden, es nütze nicht, alles auf Wärmepumpen zu setzen und dafür jede zweite Straße aufzugraben um die Stromnetze zu erneuern. Es sei Weitblick geboten, wonach diese drei Optionen in der Darstellung in fünf Jahres Schritten angezeigt würden, sodass ein Leitfaden mit den entsprechenden Zielen entstehe. Die Stadt könne die Infrastrukturen nicht errichten, man brauche einen Betreiber dazu, dies sei hinsichtlich der Wärmenetze zu beachten. Als Beispiel gäbe es valide Zahlen, die beschreiben wie viel Wärmenetze man in einer Stadt errichten könne. Man werde dort wo Potenziale sind, wo der Wärmebedarf pro Kilometer so hoch ist, dass eine hohe Wirtschaftlichkeit gegeben sei einen entsprechenden Wärmeplan zur Verfügung stellen. In Bergisch Gladbach ergebe sich außerdem die Besonderheit, dass im Stadtzentrum, produzierende Industrie mit Abwärmequellen vorhanden sei. Damit hätte man ein großes Potenzial solche Wärmesysteme einzuspeisen, dies werde deshalb genau geprüft.

Man habe außerdem erkannt, dass Bergisch Gladbach einen extrem alten Gebäudebestand vorweise, ungefähr 15 % der Gebäude seien jünger als vierzig Jahre, im Umkehrschluss seien 85 % der Gebäude älter als vierzig Jahre. Dies zeige sich auch in den Energieeffizienzklassen, denn circa 50 % der Gebäude wiesen eine mittlere bis schlechtere Energieeffizienz auf, dass heißt es bestünde ein hoher Sanierungsbedarf, auch dies sei eine umfangreiche Aufgabe und es wäre von Vorteil, wenn man rechtlich vorankäme. Herr Schäfer betont, dass die Versorgung von Gas fast 80 % Fläche der Gebäude ausmache und dies ein relevanter Faktor für die Erdgasversorgung sei.

Herr Stein stellt zunächst den beantragten Beschluss der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen der Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung werden Optionen zu einer langfristigen Versorgung heutiger Erdgaskunden mit klimafreundlichem synthetischem Methan, als Wasserstoff-Derivat berücksichtigt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach
0046/2024

Herr Stein begrüßt Frau Latschan und Frau Hübner, welche für mögliche Fragen zur Verfügung stünden. Er bittet Herrn Migenda um eine kurze Einführung des Hitzeaktionsplans.

Herr Migenda erklärt, der Hitzeaktionsplan resultiere aus der Maßnahme 3.4 des beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK), diese fordere bis zum Jahr 2045 CO₂ neutral zu werden. Gegenüber dem Jahr 2022 im Vergleich mit dem Jahr 2023 habe die Stadt eine Verbesserung von 5 % (nach der alten Rechenmethode) erreicht und auch im Jahre 2023 sei eine Verbesserung zu erwarten. Zudem solle mit dem IKSK bis 2045 die Klimaneutralität hergestellt werden, gleichzeitig würden Maßnahmen zur Anpassung und Klimaresilienz durchgeführt, um zukünftig mit wahrnehmbaren Auswirkungen des Klimawandels zurechtzukommen. Ziel sei es zum einen, einer gesundheitlichen Beeinträchtigung und Mortalität der Bevölkerung durch Hitze sowie Hitzewellen entgegenzuwirken. Zum anderen werde angestrebt, die Bürgerinnen und Bürger Bergisch Gladbachs gegenüber Gefahren durch Hitzewellen zu sensibilisieren. Weiterhin solle eine Identifizierung von thermisch belasteten Siedlungsgebieten, sogenannter Hitze-Hotspots durchgeführt werden. Verhaltenspräventive Maßnahmen würden simuliert, um anschließend eine Bewertung der Effektivität vorzunehmen. Hier ließe sich bereits erkennen, dass Refrath und Bensberg zu den genannten Hitze-Hotspots gehören würden. Herr Migenda erläutert, dass die Erstellung des Planes mit ungefähr 60.000 EUR vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW zu hundert Prozent gefördert sei und die Laufzeit sich bis zum 31.12.2023 erstreckt habe. Im April 2023 habe man mit der Erstellung des Planes begonnen und Unterstützung habe es durch zwei erfahrene Fachbüros gegeben. Außerdem habe man fünf Handlungsfelder identifiziert; in diesen würden 18 Maßnahmen benannt, die eine Priorisierung aufweisen würden. Verschiedene Maßnahmen seien bereits begonnen, darunter die Teilentsiegelung der Flächen, die Schulplanung, die Planung öffentlicher Trinkwasserbrunnen, die künstliche Beschaffung und Begrünung im öffentlichen Raum, die Sicherstellung von Freiflächen und die Freihaltung derselben, sowie die Ausbildung einer Hitzeresilienz.

Herr Dr. Nuding erläutert, dass die Freie Wählergemeinschaft den Hitzeplan zwar unterstütze, jedoch eine Änderung in der Priorität von „++“ auf „+++“ der Maßnahme „M9 Hitzeresilienz in die kommunale Planung integrieren“ fordere.

Frau Meinhardt fügt an, ihrer Fraktion sei es wichtig, dass bezüglich des Hitzeaktionsplans neben der Betrachtung der Hitzeinseln und der weiteren Entwicklung bis 2070 auch der Hochwasserschutz berücksichtigt werde. So werde beispielsweise die Öffnung der Strunde in der Stadtmitte sowohl zum Hochwasserschutz als auch zum Hitzeschutz ein wichtiger Bestandteil sein.

Herr Dr. Metten erklärt, die CDU-Fraktion begrüße die Vorlage, allerdings werde sie sich betreffend den Antrag enthalten, da eine Priorisierung diverser Bestandteile schwierig sei.

Herr Schöpf führt an, der Hitzeaktionsplan sei aus Sicht der AFD-Fraktion Teil des ideologischen gesehenen IKSKs. Nichtsdestotrotz seien auch gute Sachen aufgeführt, die den Bürgern Bergisch Gladbachs zu Gute kämen. Es stelle sich die Frage, wie weit der Aufwand-Nutzen-Faktor dies rechtfertige, so stimme man dem zu.

Frau Leveling äußert, die SPD-Fraktion begrüße den Hitzeaktionsplan.

Herr Stein stellt zunächst den Antrag zur Sache der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, bei Enthaltung der CDU, der FDP, der AfD und der Bergischen Mitte, Ziffer 1. des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern:

- 1. Der Rat zieht den Beschluss über das erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ gemäß § 1 Absatz 4 ZustO an sich, da es sich um eine gesamtstädtisches, interdisziplinäres Konzept handelt, das eine Vielzahl von Akteuren adressiert, und fasst den folgenden Beschluss: Das von der Verwaltung in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ wird mit der folgenden Änderung beschlossen: In den Maßnahmensteckbriefen wird die Maßnahme „M9 Hitzeresilienz in die kommunale Planung integrieren“ in der Priorität von ++ auf +++ erhöht.**

Sodann stellt Herr Stein den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

- 1. Der Rat zieht den Beschluss über das erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ gemäß § 1 Absatz 4 ZustO an sich, da es sich um eine gesamtstädtisches, interdisziplinäres Konzept handelt, das eine Vielzahl von Akteuren adressiert, und fasst den folgenden Beschluss: Das von der Verwaltung in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ wird beschlossen.**
- 2. Nach Beschluss des Hitzeaktionsplans wird die Verantwortlichkeit zur Umsetzung der hier dargelegten Maßnahmen an die jeweils in den Maßnahmensteckbriefen genannten Fachbereiche übergeben.**
- 3. Die Umsetzung dieser Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach.**
- 4. Die Ergebnisse der Analyse zur thermischen Belastungssituation und Vulnerabilität heute und in der Zukunft (Tages- und Nachtsituation) sollen bei städtischen Planungen grundsätzlich berücksichtigt werden. Sie sind außerdem bei der Entwicklung von Leitbildern und strategischen Zielen einer nachhaltigen und ganzheitlichen Stadtentwicklung zu berücksichtigen und bei anderen relevanten städtischen Konzepten und Maßnahmen inhaltlich und räumlich zu verknüpfen. Das gesamte für den Hitzeaktionsplan erstellte Kartenmaterial, inklusive der Ergebnisse der exemplarischen Modellierungen in Lupenräumen, wird auf der städtischen Homepage und im Geoportal zugänglich gemacht.**
- 5. Der Hitzeaktionsplan ist eine Maßnahme des Integrierten Klimaschutzkonzeptes mit Handlungsfeld Klimaanpassung (IKSK). Eine Information über erreichte Fortschritte erfolgt im Rahmen der Berichterstattung zum IKSK.**

Der Hauptausschuss hat somit beschlossen dem Rat die folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

- 1. Der Rat zieht den Beschluss über das erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ gemäß § 1 Absatz 4 ZustO an sich, da es sich um eine gesamtstädtisches, interdisziplinäres Konzept handelt, das eine Vielzahl von Akteuren adressiert, und fasst den folgenden Beschluss: Das von der Verwaltung in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitete Konzept „Hitzeaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach“ wird mit der folgenden Änderung beschlossen: In den Maßnahmensteckbriefen wird die Maßnahme „M9 Hitzeresilienz in die kommunale Planung integrieren“ in der Priorität von ++ auf +++ erhöht.**
- 2. Nach Beschluss des Hitzeaktionsplans wird die Verantwortlichkeit zur Umsetzung der hier dargelegten Maßnahmen an die jeweils in den Maßnahmensteckbriefen genannten Fachbereiche übergeben.**

3. Die Umsetzung dieser Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach.
4. Die Ergebnisse der Analyse zur thermischen Belastungssituation und Vulnerabilität heute und in der Zukunft (Tages- und Nachtsituation) sollen bei städtischen Planungen grundsätzlich berücksichtigt werden. Sie sind außerdem bei der Entwicklung von Leitbildern und strategischen Zielen einer nachhaltigen und ganzheitlichen Stadtentwicklung zu berücksichtigen und bei anderen relevanten städtischen Konzepten und Maßnahmen inhaltlich und räumlich zu verknüpfen. Das gesamte für den Hitzeaktionsplan erstellte Kartenmaterial, inklusive der Ergebnisse der exemplarischen Modellierungen in Lupenräumen, wird auf der städtischen Homepage und im Geoportal zugänglich gemacht.
5. Der Hitzeaktionsplan ist eine Maßnahme des Integrierten Klimaschutzkonzeptes mit Handlungsfeld Klimaanpassung (IKSK). Eine Information über erreichte Fortschritte erfolgt im Rahmen der Berichterstattung zum IKSK.

8. European Energy Award (EEA) Bericht zum Internen Audit der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2022 und Berücksichtigung der SMART Indikatoren
0062/2024

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Darstellung der Personalsituation in der Stadtverwaltung

- 9.1. Personalsituation Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung
0069/2024

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

- 9.2. Personalsituation Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters
0728/2023

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025
0569/2023/1

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu der Vorlage und den hierzu vorliegenden Anträgen zur Sache zu geben.

11. Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses

- 11.1. Teilhaushalt 2024/2025 des Fachbereiches 1
0070/2024

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu der Vorlage zu geben.

- 11.2. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 01.300 für die Haushaltsjahre 2024/2025
0080/2024

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu der Vorlage zur Sache zu geben.

11.3. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 14.032 für die Haushaltsjahre 2024/25
0108/2024

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu der Vorlage zu geben.

11.4. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 01.001, 01.013 und 01.015 für die Haushaltsjahre 2024/2025
0729/2023

Herr Stein erläutert, dass der Ältestenrat vereinbart habe, dass ab 2024 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 300 EUR im Jahr pro Verein zweckgebunden für die Kosten einer Vereinshaftpflichtversicherung auf schriftlichen Antrag hin zu zahlen sei. Die Ansätze 2024/25 würden nicht angepasst, sondern die Mittel durch Umschichtungen bereitgestellt. Die Partnerschaftsvereine werden in Kürze informiert. In künftigen HH wird dann ein entsprechend höherer Ansatz für Städtepartnerschaften berücksichtigt.

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu der Vorlage zu geben.

12. Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.
0113/2024

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat beschließt die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. (ISG).

13. Wahl von Vertretungen der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH und in Organen von Beteiligungen und Mitgliedschaften
0058/2024

Herr Henkel führt an, dass die CDU-Fraktion Herrn Hermann-Josef Wagner für die Weisung betreffend der Wahl des stellvertretenden Vorsitzes des Aufsichtsrates vorschläge.

Der Hauptausschuss beschließt einvernehmlich, dem Rat keine Beschluss-/Wahlempfehlung zu der Vorlage zu geben.

14. Städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2023 und 2024
0090/2024

Herr Stein spricht einen besonderen Dank an Anne Linden aus, welche Großes für die Städtepartnerschaften leisten würde.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023
0112/2024

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

16. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

17. Anfragen der Ausschusmitglieder

17.1. Schriftliche Anfragen

17.1.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.02.2024 (eingegangen am 25.02.2024) "Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025" 0143/2024

Die Ausschusmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2. Mündliche Anfragen

Frau Leveling: Anfrage zum Thema Platz der Kinderrechte

Frau Leveling wendet sich an Herrn Migenda und berichtet, sie habe in der Zeitung gelesen, dass sich Herr Migenda für einen Platz der Kinderrechte stark machen wolle, womit der Vorschlag ihres verstorbenen Parteifreundes Michael Zalfen aufgegriffen werde. Sie fragt an, wie weit die Planung vorangeschritten sei und ob das Zanders Gelände dafür in Betracht gezogen werde.

Herr Migenda antwortet, dass er diesbezüglich mit dem Bürgermeister in Gesprächen sei und Optionen diskutiert würden, jedoch sei dies keine Angelegenheit die hinter verschlossener Türe besprochen werde. Das Thema sei aufgegriffen worden und er sei zuversichtlich, dass in absehbarer Zukunft ein Vorschlag unterbreitet werden könne.

Herr Stein ergänzt, dass es bei dem genannten Thema ein vorgegebenes Verfahren und eine Reihenfolge gebe. Zu der nächsten Sitzung des Ältestenrates werde er sich vorbereiten und das Thema aufgreifen.

Herr Dr. Metten: Anfrage zum Thema Tagungsort Gremien

Herr Dr. Metten erklärt, dass ihm der Tagungsort Ratssaal Bergisch Gladbach gefalle, dadurch entstehe noch einmal eine andere Gesprächsatmosphäre. Er regt an, die Frage welche Gremien sinnvoller Weise im Ratssaal tagen könnten, in den nächsten Ältestenrat einzubringen.

Herr Stein stimmt Herrn Dr. Metten zu, die Tagung im Ratssaal habe eine gewisse Tradition und Genese und vermittele eine gute Gesprächsatmosphäre. Auch für die Verwaltung sei eine zukünftige Tagung im Ratssaal von Vorteil. Herr Stein nehme den Vorschlag gerne auf.

Herr Waldschmidt fügt hinzu, der Ratssaal in Bensberg sei sehr steril, im Gegensatz dazu versprühe der Ratssaal Gladbach eine Atmosphäre. Deshalb begrüße die SPD-Fraktion den Vorschlag, künftige Ausschusssitzungen im Ratssaal Gladbach abzuhalten.

Herr Stein kündigt an, dem Vorschlag der Einbringung der Thematik in den Ältestenrat nachkommen zu wollen.

Herr Stein betont, dass heute Herr Dr. Nuding das letzte Mal vor der Niederlegung seines Ratsmandates an einer Gremiensitzung teilnehme. Er bedankt sich für seinen Einsatz und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:50 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung